

Wieder Gold für Emma Hinze? Hildesheimer Bahnradsprinterin startet bei der WM Seite 23

HILDESHEIM UND REGION

HILDESHEIM Das schwere Erbe einer Bischof-Janssen-Straße

Nicht nur Hildesheim hat eine Bischof-Janssen-Straße, sondern auch Duderstadt. Deshalb fordert eine Betroffeneninitiative nun beide Städte auf, nach den Missbrauchsskandalen diese Straßennamen zu ändern. Und nicht nur das. Seite 9

HILDESHEIMER LAND Flexible Fahrspur für besseren Verkehrsfluss

Während der Sanierung der A 7 zwischen Dripenstedt und Hannover-Süd soll der Verkehr auch über eine flexible Mittelspur rollen – mit Öffnungen für besseren Verkehrsfluss und Unfallereignisse. Dabei helfen mobile Teile. Seite 15

THEMA DES TAGES Hildesheimer Ärzte nennen Zahlen zu Impfschäden

Die Sorge vor Schäden durch die Corona-Impfung ist ein Grund für viele Menschen, auf die Immunisierung zu verzichten. Nun gibt es lokale Daten zur Häufigkeit – in Relation zu den Folgen einer Infektion. Seite 14

AUS ALLER WELT

NIEDERSACHSEN 2G im Handel erlaubt – Wissenschaftlerin dagegen

Seit Montag gilt in Niedersachsen, dass Supermärkte und der Einzelhandel die Option haben, ihre Kundschaft nach der 2-G- oder der 3-G-Regelung einzulassen. Die Göttinger Physikerin Viola Priesemann sagt im Interview, 2G schließe die Menschen aus. Seiten 6/13

WIRTSCHAFT Facebook schafft für virtuelle Welt 10 000 Jobs in Europa

Facebook will in den kommenden fünf Jahren in der Europäischen Union 10 000 neue hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen, um die virtuelle Welt „Metaverse“ aufzubauen. Das kündigte Facebook-Topmanager Nick Clegg am Montag in einem Blogbeitrag an. Seite 8

DAS WETTER



Table with 2 columns: Content (Rätsel & Horoskop, Fernsehprogramm, Medien & Wetter, Familienanzeigen) and Page (Seite 10, Seite 21, Seite 20, Seite 27)

HAZ www.hildesheimer-allgemeine.de www.facebook.com/hinews www.instagram.com/hildesheimerallgemeine



Was wird nun aus Schäuble?

Seit fast fünf Jahrzehnten ist der CDU-Politiker im Parlament dabei – zuletzt als Bundestagspräsident. Jetzt wird es einsam um ihn. Seiten 2/3



FOTO: KAY NIETELD/DPA

Diesel-Preisexplosion: Niedersachsen fordert höhere Pendlerpauschale

Preise auf Rekordniveau / Althusmann: Bundespolitik muss für Entlastung sorgen / Gütergewerbe fordert, geplante Erhöhung der CO2-Steuer zum Jahreswechsel auszusetzen

Von Marco Seng und Theresa Münch

Hannover. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesdurchschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Auch für Superbenzin war der Höchststand nicht weit entfernt. Der Automobilclub mahnt deshalb eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

„CO2-Abgabe und Rohölnachfrage treiben den Spritpreis derzeit in die Höhe und belasten Privathaushalte und Unternehmen“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) der HAZ. Mobilität dürfe aber kein Luxus werden – gerade auf dem Land gebe es zum Pkw mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik han-

deln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, sagte Althusmann. Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in einem Interview mit der „Welt“. Bereits mit Einführung des CO2-Preises sei die Pendlerpauschale erhöht worden. „Bleibt der Treibstoff auf einem so hohen Preisniveau, wird es ähnliche Lösungen geben müssen“, sagte er.

Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagte die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig, der HAZ. „Die Pendler werden am meisten belastet.“ Die Politik müsse das jetzt regulieren. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnte davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigender CO2-Preis vom Tisch ist“, sagte Hillebrand.

Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO2-Steuer

Die Pendler werden am meisten belastet.

Christine Rettig, Sprecherin des ADAC Niedersachsen

zum 1. Januar aussetzt“, sagte Christian Richter, Landesgeschäftsführer der Fachvereinigung Güterkraftverkehr des Gesamtverband Verkehrs-gewerbe Niedersachsen, der HAZ. Der Dieselpreis sei von September 2020 bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Gesamtkosten für das Gewerbe damit um rund 9 Prozent. „Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Richter verwies auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten beim Kraftstoff.

Der Dieselpreis hatte am Sonntag den bisherigen Rekord vom 26. August 2012 minimal übertroffen. Auch Benzin nähert sich dem Höchststand: Super der Sorte E10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012.

Preistreiber ist vor allem der Ölpreis. Er zieht mit dem Wiedererstar-ken der Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Beim Diesel wird der Anstieg zudem durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt. Seit Jahresbe-

ginn sorgt der Kohlendioxid-Preis von 25 Euro pro Tonne für einen zusätzlichen Aufschlag von rund 6 bis 8 Cent je Liter inklusive Mehrwertsteuer.

Ein großer Teil des Kraftstoffpreises an der Zapfsäule sind Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und CO2-Preis: Bei Diesel macht das auf dem aktuellen Preisniveau rund 78 Cent pro Liter aus, bei Superbenzin zwischen 97 und 98 Cent. Die aktuelle Bundesregierung sieht allerdings kaum Möglichkeiten, die Höhe der Spritpreise zu beeinflussen. Sie hingen von Großhandelspreisen ab, sagte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums.

Die Grünen in Niedersachsen warfen der rot-schwarzen Koalition vor, die soziale Abfederung total zu vernachlässigen. „Heizen und Mobilität müssen bezahlbar bleiben“, sagte die Landtagsabgeordnete Imke Byl der HAZ. Die Grünen wollen alle Einnahmen aus dem CO2-Preis über ein Energiegeld an die Bürger zurückgeben.

Kommentar Seite 8

Wohin mit dem Asse-Atommüll?

Vermutlich wird ein zweites Endlager nötig / Bürger protestieren stark

Von Michael B. Berger

Hannover. Der Chef der Bundesgesellschaft Endlagerung (BGE), Stefan Studt, schätzt, dass neben dem künftigen Endlager für hochstrahlenden Atommüll noch ein zweites gesetzt werden muss, das etwa schwach- und mittelradioaktiven Müll aus der Asse aufnehmen muss. Er rechnet damit, dass man für schwach- und mittelradioaktiven Müll ein weiteres Endlager brauche, sagte Studt am Montag, als dem Bundesumweltministerium ein Expertengutachten übergeben wurde.

Darin geht es um ein vorübergehendes Zwischenlager für den Müll aus der Asse. Dieses soll nach bisheriger Planung direkt an der Asse entstehen, ist in der

örtlichen Bevölkerung aber sehr umstritten.

In der Asse lagern etwa 126 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Müll, die nach BGE-Angaben ab 2033 nach und nach geborgen werden sollen. Der Müll soll möglichst nah an der Schachanlage geborgen, durchgecheckt und für die Endlagerung „konditioniert“, also verpackt werden. Dafür braucht man ein Zwischenlager, das bislang vor allem aus Strahlenschutzgründen möglichst nah an der alten Schachanlage errichtet werden sollte.

Doch gegen diese Pläne stemmte sich erbitterter Widerstand vor Ort, weshalb der Bund und Landesumweltminister Olaf Lies vor gut einem halben Jahr

Experten einschalteten, die die bisherigen Planungen bewerten sollten. Rechtlich sei alles in Ordnung, beschieden jetzt die Experten, hefteten dann aber doch ein paar Fragen an die ins Auge gefasste Zwischenlagerung, die nach den bisherigen Planungen mindestens 20 Jahre dauern dürfte, wenn nicht länger. Denn wohin der Asse-Müll danach für eine Endlagerung transportiert werden soll, ist derzeit völlig ungeklärt. Die Menge der anfallenden Asse-Abfälle wird auf etwa 200 000 Kubikmeter geschätzt.

Das einzige bereits seit 2002 genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll ist Schacht Konrad bei Salzgitter. Doch hier in der 303 000 Kubikmeter großen Anlage sei gar kein Platz für den As-

se-Müll, weil der für schwachradioaktive Reste aus abgebauten Atommeilern gebraucht werde, führte Studt am Montag aus. „Völlig klar“ sei es deshalb, dass der Asse-Müll nicht nach Konrad komme. Daher könnte es möglich sein, dass neben dem künftigen Endlager für den hochstrahlenden Müll auch noch eines für schwach- und mittelradioaktiven Müll gebaut werden müsse.

Derzeit läuft ein Standortsuchverfahren, das einen Ersatz für Gorleben finden soll, das bis 2020 als mögliches Endlager für die hochstrahlenden Castoren galt. Sie sind seit Jahren in einer Halle unweit des Gorlebener Salzstockes gelagert. Das Endlager soll nach heutigen Planungen im Jahr 2050 in Betrieb genommen werden.

Auch FDP will über Koalition verhandeln

Berlin. Die FDP hat den Weg für Koalitionsverhandlungen mit der SPD und den Grünen freige- macht. Einen entsprechenden Beschluss fassten am Montag der Bundesvorstand und die neu gewählte Bundestagsfraktion ein- stimmig. Die beiden anderen Parteien haben bereits zuge- stimmt. Nachdem der SPD-Vor- stand am Freitag einstimmig für formelle Gespräche über eine Ampel-Koalition votiert hatte, stimmte am Sonntag auch ein Kleiner Parteitag der Grünen bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu. Die Verhandlungen könnten nun schon in weni- gen Tagen beginnen.

Liberaler stimmen zu Seite 4